

Joachim Döbler

Wohnen im Nachkriegs-Hamburg: Instandsetzung und Wiederaufbau

Fassen wir die Ergebnisse des Wohnungszensus vom August 1945 zusammen, so zeigen sich in der Gesamttendenz zwar Verschiebungen zugunsten der hamburgischen Randgebiete sowie eine Nivellierung des Wohnungsbestandes über den Großraum Hamburg; zur Charakterisierung der Wohnungsnot ist es jedoch bedeutsamer, daß der verfügbare Wohnungsbestand je nach Ortsgebiet ein qualitativ und quantitativ höchst unterschiedliches Profil aufwies. Hamburgs Raumressourcen verteilten sich regional zu einem je spezifischen Ensemble aus erhaltener und instandgesetzter Wohnsubstanz, Behelfsbauten und Notwohnungen, das allmählich und punktuell durch Wiederaufbaumaßnahmen ergänzt werden konnte. Reserven zur Deckung des Fehlbedarfs an Wohnraum, der unmittelbar nach Kriegsende durch die Umquartierung der Ausgebombten, den Zustrom von Hamburg-Rückkehrern und Flüchtlingen und nicht zuletzt die Requirierungen der britischen Besatzungsmacht auf dramatische Weise anstieg, waren zunächst jedoch nur über die Unterbringung in Notunterkünften und Behelfsbauten, Instandsetzungs- und Wiederaufbaumaßnahmen sowie vor allem durch Bevölkerungsverdichtungen in teilzerstörten oder intakten Wohngebieten zu mobilisieren.

Der Wiederaufbau Hamburgs kam nur schleppend in Gang. Während die Zahl der Einwohner beständig stieg, konnte die hamburgische Bauverwaltung auf der Habenseite der Wohnraumbilanz zunächst nur Aufräumarbeiten, Behelfsbauten und Winterfestmachungen verbuchen. Der Mangel an Baustoffen¹ und an Arbeitskräften war eklatant, so daß die Hamburger Bevölkerung aufgerufen war, sich an der Bergung noch verwendbarer Baumaterialien, insbesondere Ziegelsteinen, zu beteiligen.² Leitlinie des den Housing-Directiven der britischen Militärregierung³ folgenden Sofortprogramms zur Wohnraumbeschaffung war die Beschränkung auf leicht und mittelschwer beschädigte Wohnungen, in denen sich mit geringem Aufwand an Material und Arbeitskraft ein wetter- und winterfestes Obdach schaffen ließ.⁴ In nachdrücklichen Mitteilungen an die deutsche Zivilbevölkerung⁵ wurde eine materialsparende und auf Wiederverwertung bedachte, auf Fachgerechtigkeit und "Wohnkultur" weitgehend verzichtende Bauausführung angemahnt.⁶ Im einzelnen formulierten die zuständigen britischen Stellen, manpower division housing branch [Mp/Hsg] folgende Präferenzen aus:

- "(c) survey and classification of war damage,
- (d) organisation by local authorities of the systematic clearance, sorting and stacking of re-usable debris and the regulated issue of salvage for repair work,
- (e) where repairs are justified, imposition of a minimum standard of repair to conserve materials...

(f) where new housing is unavoidable, standard of accommodation and construction not to exceed that of the German Behelfsheim (war-time-emergency house),
 (g) use old materials before new materials. Repair lightly-damaged houses before more heavily damaged. Repair inhabited houses before uninhabited. Ensure an even spread of repair between one house and another".⁷

Erklärtes Ziel der britischen Militärregierung war es, eine größtmögliche Zahl von Wohneinheiten in kurzer Zeit bewohnbar zu machen und den so verfügbar gewordenen Wohnraum ohne Privilegierung bestimmter Regionen oder sozialer Gruppen zu verteilen. Einen ersten Schritt zur Realisierung dieses Programms bedeutete das unter Konstanty Gutschow eingeführte System der Ortsamts- und Blockarchitekten, denen die Katalogisierung aller instandsetzungswürdigen Objekte und die Durchorganisation der Bauarbeiten übertragen worden war. Auf Veranlassung der Militärregierung erfolgte diese Aktion in städtischer Regie unter Federführung der >Wiederaufbauleitung< des Wohnungsamtes, wobei die Instandsetzungen systematisch straßen- und blockweise, also nicht auf Antrag eines Grundeigentümers, vorangetrieben wurden. Zur Feststellung der Förderungswürdigkeit wurden vier Kategorien von Bauprojekten unterschieden:

- 1) die Erhaltung und Sicherung bewohnter Gebäude/Wohnungen, deren bauliche Substanz infolge anstehender Dachschäden, Schäden an Fenster und Türen, Decken und Wänden gefährdet war: Winterfestmachung (mit Mitteln bis zu 700 Mark je Wohnung),
- 2) die Rückgewinnung von Raumreserven in kriegsbeschädigten, aber mit geringen Mitteln wiederherstellbaren Wohngebäuden: Instandsetzung (un)bewohnter Wohnungen (mit Mitteln bis zu 1.600 Mark),
- 3) die Fertigstellung und Winterfestmachung im Bau befindlicher, etwa zu 80% fertiggestellter Behelfsheime und Schnellbauwohnungen, sowie die Winterfestmachung von Wohnlauben in Dauerkleingärten (mit Mitteln bis zu 1.600 Mark),
- 4) die Bereitstellung von Mitteln für An- und Umbauten in vorhandenen Gebäuden, insbesondere die Teilung von Wohnungen und den Ausbau von Dachgeschossen (bis zu 1.600 Mark).⁸

Nach ersten gebietsbezogenen Aufstellungen⁹ vom Oktober 1945 lagen die Schwerpunkte dieses Bauprogramms eindeutig auf der Instandsetzung bewohnter Gebäude in den Ortsteilen Altona (17.900 Wohnungen), Eimsbüttel (12.000), Harburg/Wilhelmsburg (14.000), Eppendorf/Winterhude (9.300) St.Georg/Innenstadt (7.700) und Wandsbek (7.000). Regional bedeutsam waren ferner Mittel, die insbesondere in Eimsbüttel und Winterhude in Wohnungsteilungen und Dachgeschoßausbauten fließen sollten. Für Hamburg-Rückkehrer ohne Unterkunft wurde die Fertigstellung von 10.000 Behelfsheimen ins Auge gefaßt. Ein flächendeckender Wiederaufbau zerstörter Wohnquartiere kam vorerst nicht in Betracht.

In den Bilanzen der Bau- bzw. Wohnungsbehörde sowie des Statistischen Landesamtes ist die Umsetzung dieses Programms nur streckenweise nachzuverfolgen. Für die Jahre 1943 bis 1945 liegen keine brauchbaren Angaben vor. Nach den Unterlagen des Wohnungswirtschaftsamtes wurden im Zeitraum zwischen dem Zusammenbruch und Dezember 1947 insgesamt zwar 29.000 bewohnte und 5.100 unbewohnbare Wohnungen instandgesetzt bzw. hergestellt. Diese Zahlen seien jedoch unzuverlässig, weil keine Behörde das wirkliche Baugeschehen erfaßt habe. Viele Bauten und Instandsetzungen hätten sich einer baupolizeilichen Kontrolle entzogen:

"Durch Kompensationsgeschäfte und Schwarzkäufe gelang es der Bevölkerung, Baustoffe nach Hamburg zu schaffen. Um überhaupt neuen Wohnraum zu bekommen, erhielten Bauten, die mit diesen "selbstbeschafften" Baustoffen hergestellt werden sollten, die Baufreigabe, wenn sie sich in der Größe beschränkten und der Grundriß in Anbetracht der auch künftig anhaltenden Wohnungsnot vertretbar war (kein Zimmer über 20 qm, keine gefangenen Zimmer usw.)."¹⁰

Wie auch das Statistische Landesamt in seiner Baustatistik für 1948 bestätigte, führte der Weg zu realistischen Zahlen über die Kartotheken des Wohnungsamtes. Es sei zu bedenken,

"daß der Zugang an Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen nach dem Kriege weniger vollständig erfaßt ist als vor dem Kriege. Die Grundlage der amtlichen Baustatistik bilden die Meldungen der Bauaufsichtsämter über die nach den Vorschriften der Baupolizeiverordnung vorgeschriebenen Genehmigung des Baubeginns und die baupolizeiliche Gebrauchsabnahme nach Fertigstellung des Bauvorhaben. Nach dem Kriege sind Vorschriften aus verschiedenen Gründen, insbesondere infolge der Bewirtschaftung und Lenkung der knappen Baustoffe, der Zerrüttung der Währung und der Zunahme der Wohnungsnot immer häufiger außer acht gelassen. Den Bauaufsichtsämtern ist es nur zum Teil gelungen, diese 'Schwarzbauten' zu erfassen. Besseren Erfolg hat hierin das Wohnungsamt gehabt, da jeder, der unter Kosten und Mühen eine Wohnung fertiggestellt hatte, bestrebt war, sich vom Wohnungsamt in diese Wohnung einweisen zu lassen, um dadurch sein Wohnrecht nachweisen zu können. Das Wohnungsamt hat hierbei im Interesse der Überwindung der ständig wachsenden Wohnungsnot die Zuweisung nicht davon abhängig gemacht, ob die Wohnung vom Bauordnungsamt genehmigt und baupolizeilich abgenommen war, sondern in der Regel nur geprüft, ob sie benutzbar war."¹¹

Tatsächlich wies das Wohnungsamt für die Jahre 1946 und 1947 einen Zugang an Wohnungen und Wohnräumen nach, der um mehr als 100 Prozent über dem des Bauordnungsamtes lag. Selbst wenn man die unterschiedlichen zeitlichen Verlaufslogiken beider Meldesysteme in Rechnung stellt, so müssen wir doch mit Werten operieren, die auf ein beträchtliches Dunkelfeld "wilder Bautätigkeit" und ein kaum näher spezifizierbares Grauzonenwohnungswirtschaftlich nicht "erfaßten Wohnraums" schließen lassen.

Zugang Wohnungen/Wohnräume (a)			
aufgrund der Meldungen ...	1946	1947	1948
... des Bauordnungsamtes	2.026/5.691	2.022/ 5.452	8.141/18.144 (b)
... des Wohnungsamtes	4.353/8.140	5.278/11.409	7.508/16.220

a) incl. Wohnungen in Behelfsheimen, winterfesten Lauben, Baracken u.ä. Notbauten

b) bereinigt um den Überhang der beim Wohnungsamt bereits 1947 eingegangenen Meldungen

Quelle: Hamburg in Zahlen, Jg. 1949 (14.5.49), Nr.5

Andererseits müssen Wohnraumgewinne nach unten korrigiert werden, da unter anhaltendem Materialmangel in beängstigendem Umfang Ruineneinstürze und witterungsbedingte Verluste zu vermieden waren. Jeglicher Aufbauwille, so konstatierte der Bürgerschaftsabgeordnete und Vorsitzende des Landesverbandes hamburgischer Grundeigentümer-Vereine, Glose, im Mai 1946, werde gebremst durch die vordringliche Aufgabe, vorhandene Wohnraumbestände vor weiterem Verfall zu bewahren.¹² 'Materialzuweisung zur Rettung bzw. Winterfestmachung von Wohnungen und Behelfsheimen' sind deshalb auch wiederkehrende Themen, die bis Ende 1947 die Sitzungen der Hamburger Bürgerschaft bestimmten.

Ungeachtet der methodischen Probleme lassen sich hinsichtlich der Art des Wohnungsbaus doch einige Charakteristiken herausarbeiten. Die nachfolgenden Übersichten verdeutlichen, daß größere Wohnraumkontingente durch Instandsetzungen sowie durch Um- und Ausbauten, insbesondere den Einbau von Dachgeschoßwohnungen gewonnen wurden. Bei genauerer Betrachtung wird ferner erkennbar, daß bis zur Währungsreform die Errichtung von Behelfsheimen das Baugeschehen maßgeblich mitbestimmte - gleichsam in Fortschreibung der Ersatzwohnraum- und Behelfsheiminitiativen, die unmittelbar nach den ersten Bombenschäden 1941, vor allem nach den schweren Zerstörungen des Jahres 1943 und ab 1946 von der Hamburger Bauverwaltung bzw. der Baubehörde und den zuständigen britischen Stellen mit öffentlicher Anerkennung, Materialzuweisungen und großzügigen Baufreigaben unterstützt worden war.¹³

Monatsstatistiken über Wohnraumverhältnisse (Auszug)					
	Reparatur v. Wohnungen in ...		Bereitgestellte Notunterkünfte	Personen In 1. und 2.	Aufhebung Zweckentfrem- deter Räume*
	1.Mietshäusern	2.Behelfsheimen			
01.11.-14.11.46	56	--	47	781	90
15.11.-30.11.46	98	--	12	381	112
01.12.-15.12.46	189	--	13	710	71
16.12.-31.12.46	71	--	8	305	76
01.01.-15.01.47	16	--	6	69	82
16.01.-31.01.47	133	65	21	795	262
01.02.-14.02.47	139	60	13	826	206
15.02.-28.02.47	91	34	8	418	84
01.03.-15.03.47	83	27	12	508	50
16.03.-31.03.47	82	30	20	644	91
01.04.-15.04.47	62	13	16	366	80
16.04.-30.04.47	123	38	21	555	105
01.05.-15.05.47	103	51	15	597	111
16.05.-31.05.47	160	41	21	807	179
01.06.-30.06.47	- Datenlücke -				
01.07.-15.07.47	248	113	11	1.269	176
16.07.-31.07.47	120	53	24	701	206
01.08.-15.08.47	- Datenlücke -				
16.08.-31.08.47	130	61	12	669	76

* Wohnraumgewinnung gem. Art.VI (a) WohnG [halbe Zimmer nicht mitgerechnet]

Quelle: StAHbg. AfW LNr.190 [Von der Militärregierung angeforderte Monatsstatistiken über Wohnraumverhältnisse: Hamburger Wohnungsamt an Mp/Hsg, Zonal Executive Office Lemgo, 66 HQ CCG BE, BAOR (Az. Mp/Hsg/48225/1)]

Nach dem Wohnungszensus vom August 1945 wurden in Hamburg 34.000 Behelfsbauten gezählt. Für das Frühjahr 1946 ermittelte das Statistische Landesamt insgesamt 42.700 Notunterkünfte, darunter 19.470 Behelfsheime und 14.600 Wohnlauben, die sich schwerpunktmäßig auf die Ortsgebiete Wandsbek (7.600), Billstedt (5.540) und Alstertal (2.440) verteilten.¹⁴ Berücksichtigt man ferner die in Lagern und Trümmerkellern untergebrachten Personen, so lebten schätzungsweise 152.000 Menschen in Notunterkünften - eine Zahl, die bis Ende des Jahres auf über 212.000 Personen oder 15% der Bevölkerung korrigiert wurde. Baubehörde und Wohnwirtschaftsamt bezifferten¹⁵ die Zahl der Behelfsbauten auf

53.000. Wenig Klarheit brachte die Aktion zur "Erfassung der Behelfs- und Primitivbauten", die im Zeitraum zwischen Oktober 1948 und Dezember 1949 für statistische und wohnungswirtschaftliche Belange durchgeführt wurde. Sie ermittelte zwar 37.426 Behelfsbauten mit insgesamt 112.000 Dauerbewohnern (davon allein 75.100 in (organisierten) Kleingärten).¹⁶ Der Dilettantismus dieser Aktion legt es jedoch nahe, sich auf die vom Statistischen Landesamt festgestellten Zahlen zu stützen. Aufbauend auf den Unterlagen der Volkszählung vom 13.9.1950 sind demnach rund 50.000 Notwohnungen festgestellt worden:

in Behelfsheimen unter 30qm	16.225
in Wohnbaracken	7.362
in Nissenhütten	2.815
in Bunkern	402
in Wohnlauben	6.407
in Trümmergrundstücken	3.242
in Wohnwagen	448
in Wohnschiffen	260
in Behelfs-Wohnungen in Normalgebäuden	12.808

Quelle: StAHbg. AfW. LN 181 Anlage 1c
Kinder/Pause (1949)

Insgesamt also 50.000 Notwohnungen, in denen nach den bis dahin gesammelten Erfahrungen schätzungsweise 165.000 Personen lebten. Trotz ihrer beschränkten Unterbringung wurden vom Amt für Wohnungswesen nur solche Personen als >Wohnraumsuchende< geführt, die aufgrund der nicht gesicherten Winterfestigkeit ihrer Unterkunft praktisch als obdachlos galten. Nach dem Stand vom April 1949 bezog sich diese Einstufung immerhin noch auf 10.044 Wohneinheiten.¹⁷

Auch bei den in 1947/48 erstellten Neubauten handelte es sich durchweg um bescheidene, in der Ausführung sehr einfache Gebäude (Lauben) innerhalb von Kleingärten und Kleinsiedlungen. Etwa die Hälfte der so entstandenen Behausungen mußte als >Notbauten< eingestuft werden, 95% waren als Schlichtbauten zumeist in Selbsthilfe entstanden. Die Bauausführung stand unter dem "Verzicht auf alles Entbehrliche": Raumzahl und Raumgröße, Ausstattung und infrastrukturelle Anbindung waren auf das Notwendigste beschränkt, die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung betrug bei den Notbauten 23qm. Die sog. >Dauerbauten< entsprachen mit einer Wohnfläche von etwa 34qm dem Standard,¹⁸ der ab 1948/49 den Bemühungen zur Sanierung der "wilden Behelfsheimkolonien" in Siedlungsrandgebieten wie Billstedt, Süderelbe, Rissen, und Volksdorf-Bukhorn zugrunde

gelegt wurde.¹⁹ Mit der Umwandlung von Notwohngebäuden in Kleineigenheime wollte die Baubehörde die wilden Siedlungen in die Generalbebauungspläne integrieren²⁰ - auch gegen den Widerstand der "Behelfsheimer", wie er sich beispielsweise an Plänen zur Planung der Gartenkolonie im nördlichen Stadtpark entzündete.²¹ Weiterhin sollten sichere Rechtsgrundlagen geschaffen und materialgerechte Bauten errichtet werden, ohne damit selbstaktiven Kräften den ökonomisch-sozialen Schwung zu nehmen. Als zentrale Steuerungsinstrumente zur Umwidmung von Kleingarten- in Kleinsiedlungsgelände bzw. zur Förderung von Selbsthilfeheimen fungierten öffentliche Mittel, die über die >Gemeinnützige Darlehnskasse< bereitgestellt und durch Maßnahmen zur infrastrukturellen Aufschließung des Siedlungsgrundes flankiert wurden.

Zur Unterstützung des privaten Wohnungsbaus wurden Ende 1948 auch die Wohnraumbellegungsgrundsätze überarbeitet. Nachdem in der Praxis der Wohnungsämter es sich offenbar eingespült hatte, Selbsthilfe durch die Zuweisung größerer Wohnflächen zu begünstigen,²² fanden mit den "Richtlinien zur Erfassung und Zuteilung von neu erbautem oder wiederhergestelltem Wohnraum" (DV 68/48 vom 11.12.1948)²³ vermögens- und eigentumsorientierte Elemente den Weg zurück in die politische Ausgestaltung des Wohnungswesen. Wer Wohnräume ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel neu erbaute oder wiederherstellte, konnte gegenüber dem Wohnungsamt über die Belegungsrichtlinien hinaus >Mehr-Wohnraum< beanspruchen und weiterhin ein >Vorschlagsrecht< hinsichtlich der Erst-Zuteilung des mit Eigenmitteln geschaffenen Wohnraums geltend machen.

Tatsächlich war es dem alle Erwartungen übertreffenden Anteil privater Initiativen zuzuschreiben, daß der Wohnungsbau nach der Währungsreform sprunghaft anstieg. Im April 1949 wurden 72% aller Wohnungen ohne Mittel der Wiederaufbaukasse fertiggestellt. Bis März 1950 steigerte sich zwar der Anteil der Wohnungsbautätigkeit mit öffentlichen Mitteln auf 63%, dennoch ist bemerkenswert, in welchem Umfang der frei finanzierte Wohnungsbau an der Gesamtentwicklung beteiligt war (8.489 von 18.012 Wohnungen).

Mit dem Bedeutungszuwachs öffentlicher Finanzierungshilfen verlagerte sich auch die Wohnungsbautätigkeit auf die Wiederherstellung von ausgebrannten Ruinenblöcken. Instandsetzungen und Winterfestmachungen, die noch die beiden ersten Jahre nach dem Zusammenbruch mitgeprägt hatten, traten demgegenüber deutlich zurück.²⁴ Notunterkünfte blieben als ungeliebte gleichwohl unvermeidbare Übel auf unabsehbare Zeit bestehen. Bereits eine auf Anordnung britischer Stellen im Oktober 1947 durchgeführte Erhebung,²⁵ in deren Verlauf man 81.600 Wohnungen nach dem Grad ihrer Beschädigung klassifizierte, kam zu dem - in Anbetracht der immensen Verwüstungen doch überraschenden - Ergebnis,

daß sich 57% aller wiederaufbaufähigen Wohnungen auf die alten hochverdichteten Ortsgebiete verteilten. Demgegenüber sei den Außenbezirken nur eine begrenzte Bedeutung zuzuweisen.²⁶ Zwei Drittel aller wiederaufbaufähigen Wohngebäude wurden in den Ortsteilen Altona (10,7%), Innenstadt (10,3%), Barmbek-Uhlenhorst (14,6%) Harburg (9,4%), St.Georg (9,1%), Wandsbek (8,6%) und Eimsbüttel (8,1%) ermittelt, in Gebieten also, die bereits vor ihrer (Teil)-Zerstörung hohe Anteile am gesamten Hamburger Wohnungsbestand auf sich vereinten. Gerade in diesen Stadtteilen mit den stärksten Wohnraumverlusten hatten die Entrümmerungsaktionen weitgehend intakte Infrastrukturen ans Tageslicht gebracht.²⁷ Fundamente, Keller und tragende Bauteile dieser überwiegend im Geschloßwohnungsbau errichteten Gebäude waren oft nur leicht beschädigt, so daß sich in der Summe der Instandsetzungen und Wiederaufbauten die Tendenz zur Wiederbelebung der alten Wohngebiete - wenn auch mit modifizierten Grundrissen, die dem Nachkriegsbedarf an Ein- und Zwei-Raum-Wohnungen und dem in den Belegungsrichtlinien festgeschriebenen Standards entsprachen - durchsetzen konnte.

Parallel zur Verlagerung der Wohnungsbautätigkeit von der Winterfestmachung und Instandsetzung zum Ruinenausbau wurden auch neue regionale Schwerpunkte gebildet. Sie lagen vor allem in den Gebieten Jarrestadt, Dulsberg, Hamm, Horn und Harburg. Durch die Gewährung von "Sonderkalorien" sowie durch Bereitstellung eines Teils der erstellten Wohnungen sollten dort besondere Leistungsanreize geschaffen werden. Immerhin konnten so, durch die Zuweisung von Baustoff-Sonderkontingenten und die Anwendung neuer Baustoffe und Bauarten (Schüttbauweise unter Verwendung von Trümmersplitt) schon vor der Währungsreform 1.700 Wohnungen in Angriff genommen werden.²⁸ Im Gefolge weiterer Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, durch die Schaffung einheitlicher gesetzlicher Grundlagen²⁹ für die Entrümmerung [Gesetz über die Räumung von Trümmergrundstücken und die Verwertung von Trümmern vom 31.7.48] und den Aufbau Hamburgs [Aufbaugesetz vom 11.4.1949] konnte die Zahl der Fertigmeldungen 1950/51 auf 24.400 Wohnungen, im Berichtszeitraum April 51 bis März 52 auf 23.400 Einheiten gesteigert werden. 85% der fertiggestellten Wohnungen lag in mehrgeschossigen Gebäuden, fast zwei Drittel wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert. Bei einer Belegung von 1,36 Personen je Zimmer wurde damit Raum für insgesamt 69.800 Wohnungssuchende geschaffen.³⁰

Ungeachtet der skizzierten Entwicklungen sind die 'Erfolge' des Wohnungsbaus zunächst eher bescheiden. Im Rückblick auf die oben stehende Monatsstatistik für 1946/47 wird dies deutlich. Allein durch die Rückgewinnung zweckfremd genutzter Räume konnten in dem aufgeführten Berechnungszeitraum mehr Wohnräume verfügbar gemacht werden als durch die Instandsetzung von Mietshäusern. Auffälliger noch ist der Vergleich mit den Effekten der

Wohnraumbewirtschaftungsmaßnahmen. Es sei gelungen, so bilanzierte das Wohnungsamt im Januar 1947, "monatlich etwa 6.000 Zimmer lediglich durch Zusammenrücken der Bevölkerung verfügbar zu machen. Der durch Neubau bzw. durch Reparaturen neugewonnene Wohnraum" fiel demgegenüber nicht ins Gewicht.³¹ Präziser ist ein Bericht des Wohnungsamtes vom Juli 1947: Seit dem Herbst 1945 seien 259.060 Personen in 157.241 Zimmern untergebracht worden - im Monatsmittel also 11.775 Personen in 7.147 Zimmern.³² Wenige schlaglichtartige Blicke auf die Monatsstatistiken der zentralen Wohnraumvergabe bestätigt diese Quote:³³ Während über Instandsetzungen monatlich etwa 1.000 Personen in Obdach gebracht wurden, schwankte die Zahl aller eingewiesenen Personen zwischen 7.000 und 8.000. Erst im Berichtszeitraum 1949/50 pendelte sich der durch Erfassung verfügbar gewordene Wohnraum auf gleichem Niveau ein wie der durch Bau und Instandsetzung gewonnene, nämlich auf etwa 40.000 Einheiten. Dennoch hat die Neubautätigkeit auch nicht entfernt den Zugang an Wohnraum-Suchenden auszugleichen vermocht. Am Jahresende 1947 waren bei den örtlichen Wohnungsabteilungen insgesamt 57.500 Wohnraum-Suchende registriert, am Jahresende 1950 - ungeachtet der endlich greifenden Wohnungsbaumaßnahmen - 102.100 Personen.

-
- ¹ Beispielhaft auch das Schreiben des Hamburger Bausenators Nevermann an die örtliche Militärregierung vom 10.10.47 (PRO FO 1014/475)
- ² Neue Hamburger Presse Nr.9 vom 28.7.45
- ³ Vgl. hierzu die in der Anl. aufgeführten Nachweise der Housing-Directiven No.1-3 (Emergency Repair Programme)
- ⁴ W.K., In Hamburg bis Oktober 24000 Wohnungen, In jedem Monat müssen 30.000.000 Ziegelsteine geborgen werden, in: Neue Hamburger Presse N.14 vom 15.08.45
- ⁵ Vgl. Neue Hamburger Presse Nr.51 vom 22.12.45 und Neue Hamburger Presse Nr.71 vom 02.03.46
- ⁶ W.K., Fast 6000 Hamburger Wohnungen instandgesetzt, Eine Ausstellung in der Moorweidenstraße, in: Neue Hamburger Presse Nr.44 vom 28.11.45
- ⁷ PRO FO 1051/726: CCG BE Mp. Div. Hsg.Br. vom 8.6.1945 [vermutlich Housing-Directive No.1]
- ⁸ Vgl. Wetterfeste Wohnungen für den Winter geplant, Instandsetzung leichtbeschädigten Wohnraums, Die Stadt Hamburg als Bauherr, in: Hamburger Nachrichten-Blatt Nr.91 vom 11.10.45
- ⁹ PRO FO 1051/805 (Instandsetzungsaktion Wohnungsbau, Bauprogramme in den Ortsämtern, undat. Papier der Wiederaufbauleitung)
- ¹⁰ StAHbg. Staatl. Pressestelle [SP] V II PI q (Baubeh.-Wohnwirtschaftsamt: Vertraulicher Entwurf zur Vorbereitung eines Wohnungsbauprogramms für das Baujahr 1948/49 vom 15.12.1947)
- ¹¹ Dr. Ide, Der Wohnungsbau in der Hansestadt Hamburg im Jahr 1948, in: Hamburg in Zahlen Nr.5, hrsg. vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg, 14.5.1949, S.3
- ¹² 7. Sitzung der Bürgerschaft, 22. Mai 1946, S.113
- ¹³ Für die Zeit bis 1945 vgl. E.Pahl-Weber, Wohnungs- und Siedlungstypologie für den Neubau der Jahre 1933-1949 in Hamburg, in: Bose et al., "...ein neues Hamburg entsteht..." Planen und Bauen von 1933-1945, Hamburg 1986, S.96f. Für die Zeit ab Mai 45 u.a.: Behelfsheime werden gebaut, in: Neue Hamburger Presse Nr.9 vom 28.07.45, W., Die ersten 60.000 Ziegelsteine den Waltershofer Laubenbewohnern übergeben, in: Hamburger Volkszeitung, 04.09.46, Nr.45.
- Für die Beurteilung von Bauvorhaben waren die in den Ortsämtern angesiedelten Bauprüfausschüsse zuständig, die sich aus Vertretern aller Parteien, einem Architekten und dem Leiter der Bauprüfabteilung zusammensetzten.
- ¹⁴ StAHbg. SP V II PI a (Aufstellung des Stat. Amtes), AfW LN 191 (Bericht "Die Wohnungsnot in Hamburg seit 1938 [Blatt 10-23]), Hamburger Echo Nr.34 vom 27.7.1946 (Behelfsheime, Wohnlauben und Keller)
- ¹⁵ StAHbg. AfW LN 179 Bd.2 (Erfassung der Behelfs- und Primitivbauten), StAHbg. AfW LN 179 Bd.1 Bl.126 (Berichtsentwurf Schulz-Bischof an die Finanzbehörde, Ersuchen in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 22.2.1949)
- ¹⁶ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung der Erfassungsaktion in: StAHbg. AfW LN 179 Bd.1/2

-
- ¹⁷ StAHbg. AfW LN 180 Bd.2 Bl.309 (Fortdauer des Wohnraummangels in Hamburg, 30.10.51)
- ¹⁸ Vgl. hierzu den Entwurf und die Zulassung von Typenbauten in Kleingartengebieten: Hamburger Baubehörde, Bericht über das Baujahr 1949/50, Schriften zum Bau- Wohnungs- und Siedlungswesen Ausgabe 6, Juni 1950, S.A 4'3
- ¹⁹ Amt für Wohnungswesen, Das Wohnungswesen in der Hansestadt Hamburg 1949/50, S.16, Hansestadt Baubehörde, Bericht über das Baujahr 1949/50, S.A 2'7
- ²⁰ Vgl. bereits F.Schumacher, Zum Wiederaufbau Hamburgs. Rede im Hamburger Rathaus am 10. Okt. 1945, Hamburg 1945, S.29. U.a. auch: W.D.Bahnsen, Grundzüge der Rechtsentwicklung seit 1929, in: Hamburg und seine Bauten (1953), S.52
- Zur architektonischen Bewertung und stadtplanerischen Einbindung des Behelfsheimes zwischen "Selbstversorger-Siedlung" und Nachkriegs-Provisorium vgl. ausführlich die Beiträge in den Zs. "Bauen und Wohnen" (1946ff) und "Neue Bauwelt" (1946ff).
- ²¹ Hamburger Volkszeitung, 01.03.49, Nr.25: wz., Laßt uns Heim und Garten..., 3.500 Behelfsheimbewohner am Stadtpark wollen sich nicht vertreiben lassen
- ²² Rechtsgrundlage für diese Zuweisungspraxis war die DV 59/47 vom 18.8.1947 [StAHbg. AfW LN 746 Bd.2]. Dort heißt es zu den Belegungsgrundsätzen unter II.3)f): "Bei der Zuweisung von instandgesetzten und neu erstellten Räumen oder bei der Genehmigung für die Benutzung derartiger Räume kann von den Belegungsrichtlinien zugunsten der Wohnraumberechtigten abgewichen werden, wenn die Räume durch Selbsthilfe gewonnen werden." Vgl. auch StAHbg. AfW LN 746 Bd.2 Bl.31
- ²³ StAHbg. AfW LN 746 Bd.3
- ²⁴ Dazu auch: Vom Hamburger Bauprogramm, in: Neue Bauwelt 17 (1948), S.265
- ²⁵ Ide/Stünkel, Kriegsbeschädigte wiederaufbaufähige Wohnungen in Hamburg, (nach der Erhebung von Wohnungen in kriegsbeschädigten Gebäuden vom 10.47), in: Hamburg in Zahlen Nr.13 vom 11.11.1948, S.9f: "Zweck dieser Erhebung war, möglichst genaue statistische Unterlagen für die Planung des Wiederaufbaus von Wohnungen sowie über die evtl. vorhandene Wohnraumreserve zu gewinnen, die mit verhältnismäßig geringem Bauaufwand nutzbar gemacht werden kann." Da die Schadensfestsetzung über einen Fragebogen erfolgte, mit dessen Hilfe der Hauseigentümers den Zustand seines Gebäudes klassifizierte, war die Beurteilung der Wiederaufbaufähigkeit weitgehend dem Ermessen des Eigentümers, seiner Kaitalkraft und seinen 'Talenten' bei der Organisation von Baustoffen überlassen.
- ²⁶ Ide/Stünkel, Kriegsbeschädigte wiederaufbaufähige Wohnungen in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen Nr.13 v. 11.11.1948, S.9f
- ²⁷ Dazu auch: Hansestadt Hamburg, Baubehörde, Bericht über das Baujahr 1949/50. Schriften zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Ausgabe 6 (1950),S.A 2'4
- ²⁸ Hamburgs Bautätigkeit 1948/49
- ²⁹ Vgl. dazu ausführlich: Amt für Wohnungswesen, Jahresbericht 1949/50, S.19ff, A.Grapengeter, Die Aufbaugesetzgebung nach dem Kriege, in: Hamburg und seine Bauten (1953), S.53ff sowie im Überblick: K.Weniger, Wiederaufbau- und Neubauplanungen in Hamburg 1945 bis 1950. Städtebauliche Kontinuität oder Wandel, Hamburg 1987

-
- ³⁰ Freie und Hansestadt Hamburg, Baubehörde, Das Baujahr 1951/52 in Hamburg (Schriften zum bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Ausg.13), Sept. 1952, S.28ff. Dort auch weiterführende Angaben zur Finanzierung, zur regionalen Verteilung der Bautätigkeit sowie zum Typus der erstellten Wohnungen.
- ³¹ StAHbg. AfW LN 191 Bl.10-23 (Bericht "Die Wohnungsnot")
- ³² StAHbg. AfW LN 15 Bd.1 Bl.119 (Bericht Präsident des Wohnungsamtes an Senator Nevermann vom 16.7.1947)
- ³³ StAHbg. AfW LN 183 (Wohnraum-Monatsstatistiken)